



Niederschrift 24. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 15.12.2016
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	19:15 Uhr
Ort, Raum:	Jugendhaus OASE, Tornowstraße 35, Potsdam, Hermannswerder

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr David Kolesnyk	SPD	Sitzungsleitung
---------------------	-----	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Frauke Frehse-Sevran	anerkannter freier Träger	
Herr Björn Karl	CDU/ANW	
Herr René Kulke	DIE aNDERE	bis 18:35 Uhr
Herr Thomas Liebe	anerkannter freier Träger	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Rüdiger Schmolke	anerkannter freier Träger	
Herr Bodo Ströber	anerkannter freier Träger	
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Katja Altenburg	anerkannte freie Träger	
Herr Matthias Kaiser	CDU/ANW	
Frau Monika Lahr-Eigen	Bürgerbündnis-FDP	
Frau Ute Parthum	anerkannter freier Träger	

beratende Mitglieder

Herr Lutz Boede	Migrantenbeirat	
Frau Jasmin Gründer	Kreisschülerrat	bis 18:35 Uhr
Frau Solveig Hannemann	Agentur für Arbeit Potsdam	
Herr Dirk Heidepriem	staatl. Schulamt	
Herr Maximilian Koppe	Jugendvertreter	
Herr Steffen Müller	Stadtsporthund	
Herr Reinhold Tölke	Jugendamtsleiter	

Beigeordneter

Herr Mike Schubert	Geschäftsbereich 3	bis 18:35 Uhr
--------------------	--------------------	---------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Friederike Harnisch	CDU/ANW	entschuldigt
Frau Helga Hübner	anerkannter freier Träger	entschuldigt
Frau Irene Kamenz	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt
Herr Nico Marquardt	SPD	entschuldigt

beratende Mitglieder

Frau Dr. Kristina Böhm	Öffentlicher Gesundheitsdienst	entschuldigt
Frau Rita Franke	Amtsgericht Potsdam	entschuldigt
Frau Sylvia Frenzel	Kreiselternerat	entschuldigt
Herr Alexander Gehl	Polizeiinspektion Potsdam	entschuldigt
Frau Raina Maria Lau	Humanistischer Verband	nicht entschuldigt
Herr Jochen Reinke	Evangelische Kirche	entschuldigt
Frau Angela Schmidt-Fuchs	Katholische Kirche	entschuldigt
Frau Martina Trauth-Koschnik	Büro f.Chancengleichh./Vielfalt	nicht entschuldigt
Herr Borys Zilberman	Jüdische Gemeinde	nicht entschuldigt

Gäste:

Frau Annina Beck	stellv. Ausschussmitglied
Herr Dirk Harder	stellv. Ausschussmitglied
Frau Sabine Frenkler	AG Kita
Frau Ilke Borg	AG Jugendförderung
Herr Georgios Papadopoulos	Regionale Jugendhilfe AG 3
Frau Kerstin Elsaßer	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Sabine Reisenweber	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Anita Figiel	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Birgit Ukrow	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.11.2016 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 2 Informationen des Jugendamtes
- 3 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB
VIII
- 4 Bericht der Jugendvertretung
- 5 Konzeptüberarbeitung pädagogisch begleitete Spielgruppen
- 6 Themenplanung 2017

- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 7.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 15: Bessere Betreuung für Schüler und Kinder mit Behinderung
Vorlage: 16/SVV/0691
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- Wiedervorlage –
- 8 Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses
- 8.1 Auswahlverfahren und -kriterien Kita Horst-Bienek-Straße, 14469 Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0832
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 8.2 Benennung von drei Vertreter/-innen des Jugendhilfeausschusses in die
Auswahlkommission
- 9 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn David Kolesnyk.

Herr Kolesnyk begrüßt Frau Jasmin Gründer als neue Vertreterin des Kreisschülerrates im Jugendhilfeausschuss.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.11.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Kolesnyk stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Herr Kolesnyk stellt die Niederschrift vom 24.11.2016 zur Abstimmung. Die Niederschrift vom 24.11.2016 wird mehrheitlich mit einer Stimmenthaltung bestätigt.

Herr Kolesnyk bittet um Abstimmung über die vorliegende Tagesordnung. Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

zu 2 Informationen des Jugendamtes

Frau Reisenweber (FB Kinder, Jugend und Familie) informiert, dass es zu den **unbegleiteten minderjährigen Ausländern** (umA) seit der letzten JHA-Sitzung keine Veränderungen bezüglich der Zahlen gibt. Es wurde aber folgende Bilanz wurde gezogen:

Bilanz 2016

Die Versorgung, und Begleitung von minderjährigen Ausländern, die ohne Ihre Eltern in Potsdam ankamen, war eine große Herausforderung in diesem Jahr.

Aufgabe des Jugendamtes war es, den Jugendlichen einen Vormund zur Seite zu stellen, der sie im Asylverfahren vertritt, die Rechtsgeschäfte des täglichen Lebens regelt um gemeinsam mit den Sozialarbeitern des Jugendamtes hier in Deutschland eine Perspektive zu entwickeln.

Im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie wurden 4 Stellen Sozialarbeiter für umA und 3 Stellen umA Vormünder sowie eine Stelle wirtschaftliche Jugendhilfe geschaffen, um die Mehrbelastung in den einzelnen Bereichen zu bewältigen.

So wurden in diesem Jahr 148 Flüchtlinge durch das Jugendamt in Obhut genommen, deren Bedarf in der Clearingphase ermittelt und entsprechend mit Angeboten der ambulanten bzw. stationären Jugendhilfe versorgt.

Die Potsdamer Trägerlandschaft hat sich schnell auf die neue Situation eingestellt und verschiedene Wohngruppen und Betreutes Einzelwohnen für umA angeboten.

So haben wir heute 82 Plätze bei 6 verschiedenen Trägern.

Die Clearingstelle des GfB in der Heinrich-Mann-Allee ist mit derzeit 27 Plätzen ein wichtiger Partner bei der Abklärung der gesundheitlichen, schulischen und jugendhilferechtlichen Bedarfe der hauptsächlich 16 bis knapp 18 jährigen männlichen Jugendlichen.

Weibliche umA erhalten ihr Clearing bei ALMA – ein Angebot des Diakonischen Werkes in Fürstenwalde.

Während dieser Clearingphase wird das Feststellen des Ruhens der elterlichen Sorge beim Familiengericht beantragt und ein Vormund eingesetzt. In der Regel wird zunächst das Jugendamt als Amtsvormund mit der Aufgabe betraut. In einigen Fällen konnten jedoch unbegleitete minderjährige Ausländer auch an ehrenamtlich tätige Vormünder vermittelt werden. Diese werden in ihrer Arbeit durch das Jugendamt beraten und begleitet.

Für Minderjährige, die begleitet durch Verwandte wie Onkel oder Bruder in Gemeinschaftsunterkünften leben, wurden in 28 Fällen Hilfe in Form von Beratung und Unterstützung bei der Ausübung der Personensorge (§16,18 SGB VIII) gewährt.

Die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte der DAK im Sommer 2016 stellte eine große Entlastung für Erzieher, Sozialarbeiter und wirtschaftliche Jugendhilfe dar.

Die Abstimmung mit den Jugendhilfeträgern spielte und spielt auch weiterhin eine wichtige Rolle. So gibt es regelmäßig monatlich einen Fachaustausch zwischen Clearingstelle und Sozialarbeitern des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie; zukünftig auch unter Beteiligung der Amtsvormünder.

Am 21.06.2016 fand eine Trägerkonferenz mit allen im umA-Bereich tätigen Jugendhilfeträgern, den Sozialarbeitern und den Amtsvormündern statt.

Problematisch bleibt die Versorgung mit schulischen Angeboten im Anschluss an die Clearingphase. Der Jugendmigrationsdienst ist für die Zuweisung der umA an die Potsdamer Schulen zuständig. Oftmals vergehen einige Wochen bis die Aufnahme in einer Schule möglich ist.

Potsdam hat die Verteilungsquote des Landes Brandenburg mit 25

Mehraufnahmen in diesem Jahr übererfüllt.

Ausblick

Die gute Zusammenarbeit mit den Jugendhilfeträgern soll fortgeführt werden. Hierfür wird es auch im kommenden Jahr mindestens eine Trägerkonferenz unter Beteiligung der Sozialarbeiter und Amtsvormünder geben.

Es werden weitere stationäre Angebote (Regelgruppe, aber auch Betreutes Einzelwohnen) notwendig sein.

Bezüglich der Schulversorgung wird es mit dem Jugendmigrationsdienst und dem Schulamt Gespräche geben müssen.

Amtshilfeersuchen von Jugendämtern hinsichtlich Familienzusammenführung und Überprüfung der Verhältnisse vor Ort für die Genehmigung von Beurlaubungen nehmen deutlich zu.

Eine Prognose zu den Flüchtlingszahlen im kommenden Jahr liegt uns derzeit noch nicht vom MBS vor.

Herr Liebe verweist auf Pressemeldungen, denen zu entnehmen ist, dass es immer wieder vorkommt, dass umA verschwinden.

Herr Tölke erklärt, dass sich dies auf die sehr angespannte Situation Ende des Jahres 2015 bezog. In Potsdam gab es einige wenige Jugendliche, die nach einer Nacht weitergezogen sind.

Frau Frehse-Sevran ergänzt, dass es in den ersten zwei bis drei Monaten einen Abgang von ca. 10 Jugendlichen gab.

Herr Heidepriem spricht die Beschulung an, die sich oft verzögert.

Frau Reisenweber erklärt, dass dies daran liegt, dass Schulplätze fehlen.

Herr Tölke informiert, dass die Stelle der **Bereichsleitung Regionale Kinder- und Jugendhilfe** seit dem 02.12.2016 vakant ist, da Herr Riecke die Landeshauptstadt Potsdam verlassen hat. Die Stelle wird derzeit neu bewertet und dann schnellstmöglich ausgeschrieben.

Herr Schubert informiert, dass die **Kita-Finanzierungsrichtlinie** in der Stadtverordnetenversammlung am 07.12.2016 durch ihn zurückgestellt wurde. Der Drucksache fehlte als Anlage das Protokoll über die Beratung mit den Wirtschaftsprüfern vom 12.09.2016. Darüber hinaus wurden kurzfristig weitere Punkte kritisiert, die in den Beratungen zum Beispiel des Jugendhilfeausschusses nicht angesprochen wurden.

Herr Schubert teilt mit, dass bereits heute vor dem Jugendhilfeausschuss eine gemeinsame Beratung mit der AG Kita nach § 78 SGB VIII stattgefunden hat.

Frau Frenkler erklärt, dass Träger, die eine Kita gebaut haben, im Oktober 2014 eine Information bekamen, dass die Miete rückwirkend zum Januar 2013 auf 8,16 Euro/m² geändert wird. Damit hatten die Träger Probleme, die Finanzierung zu gewährleisten und die Darlehen zu bedienen.

Sie teilt mit, dass aus der Gruppe der Träger, die Einrichtungen gebaut haben und der Stadt eine Arbeitsgruppe gebildet wurde, die die Wirtschaftsprüfer mit der Berechnung beauftragt haben.

Damit waren die 8,16 Euro/m² aus dem Kopf der AG Kita, weil die AG davon ausgegangen ist, dass die Frage des Mietzins in der anderen AG beraten würde. Deshalb wurde auf diesen Punkt in der Vorlage nicht geachtet.

Sie weist darauf hin, dass auf das Protokoll über die Beratung mit den

Wirtschaftsprüfern vom 12.09.2016 nicht an die AG Kita sondern an die AG Investitionen geschickt wurde. Zu dieser Zeit war die Vorlage bereits im Geschäftsgang. Frau Frenkler betont, dass die Kaltmiete in Höhe von 8,16 Euro/M² eine existenzielle Bedrohung für die Träger bedeuten, die gebaut haben. In dem heutigen Gespräch mit Herrn Schubert wurde ein Verfahren verabredet.

Herr Schubert verweist auf die drei Varianten der Finanzierung:

- Die LHP stellt das Gebäude zur Verfügung und der Träger mietet sich ein.
- Der Träger errichtet ein Gebäude auf eigenem Grund und die Stadt refinanziert.
- Der Träger mietet eine Immobilie.

Für die sogenannte ortübliche Miete hat die Verwaltung eine Berechnungsformel entwickelt, die in der Beigeordnetenkonferenz vorgestellt und zur Kenntnis genommen wurde.

Die LHP schlägt nunmehr vor, die ortsübliche Miete in der durch einen öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen der IHK ermitteln zu lassen. Somit gibt es einen Richtwert, der dann fortgeschrieben wird. Dies kommt als Anlage an die Drucksache.

Herr Schubert teilt mit, dass zu diesem Punkt in der heutigen Sitzung mit der AG Kita Einigkeit bestand.

In die Kita-Finanzierungsrichtlinie wird eine Formulierung eingearbeitet, mit der die Berechnung der ortsüblichen Miete durch einen Sachverständigen festgeschrieben wird. Der bisherige Wert für die ortsübliche Miete in Höhe von 8,16 Euro/m² wird aus der Vorlage mit Verweis auf das Ergebnis der Berechnung des Sachverständigen gestrichen. Dem Jugendhilfeausschuss wird zur Sitzung am 19.01.2017 die geänderte Fassung vorgelegt.

Für die offenen und noch nicht beschiedenen Altfälle übermittelt die Verwaltung an die betroffenen Träger auf der Basis des Papiers der Wirtschaftsprüfer bis zum 23.12.2016 eine Excel-Tabelle und die MFI-Zinsstatistik zur Berechnung. Die Träger übermitteln die Berechnungen dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie bis zum 10.01.2017.

Ziel ist Beschlussfassung der Kita-Finanzierungsrichtlinie am 25.01.2017 in der StVV.

Frau Frenkler betont, dass es wichtig ist, die fehlende Anlage ebenfalls der Vorlage beizufügen und auszureichen.

Frau Dr. Müller erinnert daran, dass durch den Jugendhilfeausschuss seinerzeit eine Kaltmiete in Höhe von 5,11 Euro/m² beschlossen wurde. Es wurde davon ausgegangen, dass die 8,16 Euro/m² die mit den Trägern abgestimmte Summe sind.

Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die Kosten für einen Kita-Platz.

Herr Schubert weist darauf hin, dass gemäß Kita-Gesetz des Landes Brandenburg die ortsübliche Miete wichtig ist, nicht die Platzkosten. Für die Berechnung wird jetzt ein Gutachter bemüht, um Rechtssicherheit zu erlangen.

Herr Tölke weist darauf hin, dass die **Finanzierung für die unbegleiteten minderjährigen Ausländer** zu 100 % durch das Land erstattet werden sollten. Zunächst wurde erneut eine Abschlagszahlung in Aussicht gestellt. Der entsprechende Antrag wurde gestellt. Es ist davon auszugehen, dass somit für das Jahr 2016 nur 90 % der Kosten erstattet werden. Im nächsten Jahr sollen die Kosten dann aber in voller Höhe erstattet werden.

Frau Altenburg bittet, im Januar 2017 den **Zeitplan für die Ausschreibung der Suchtprävention** aufzunehmen und entsprechend im Jugendhilfeausschuss zu informieren.

zu 3 **Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII**

Herr Liebe informiert über die Sitzung des **Unterausschusses Jugendhilfeplanung** vom 06.12.2016. Er teilt mit, dass sich der Unterausschuss in der Sitzung u.a. mit der mit der Überarbeitung der Geschäftsordnung des Jugendhilfeausschusses befasst hat. Im März 2017 soll der Entwurf zur Beratung im JHA vorgelegt werden.

Es gab einen Rückblick auf die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom November 2016.

Des Weiteren hat sich der Unterausschuss mit der Evaluation des Sozialraumkonzeptes der Jugendhilfe befasst.

Herr Schmolke bittet, den Vorschlag der Regionalen Jugendhilfe AG 3 allen AGs vorzustellen.

Herr Ströber informiert über die Beratung der **AG Hilfen zur Erziehung** vom 06.12.2016. Die AG hat sich mit dem Projekt PLoS als Nachfolgemodell für den präventiven Kinderschutz befasst. Antragsteller für das Projekt sind die Schulen. Die Konzepte sollen bis April 2017 erarbeitet werden. Im September 2017 soll das Projekt starten. Damit entstehe eine Versorgungslücke vom 01.01. bis 01.09.2017.

Des Weiteren hat sich die AG mit den neuen Herausforderungen zur aktuellen Jugendhilfe in der LHP befasst. Es wurde festgestellt, dass der Umgang mit den unbegleiteten minderjährigen Ausländern in der Hilfeplanung einen weiterführenden Ansatz benötigt. Das Jugendamt plant hierzu in 2017 eine Fachtagung.

Herr Tölke betont, dass das Projekt PLoS kein Nachfolgemodell zum präventiven Kinderschutzmodell darstellt. Die von Herrn Ströber angesprochenen Kinderschutzprojekte konnten ausnahmsweise durchgeführt werden, weil Restmittel aus dem Haushalt 2015 zur Verfügung standen.

Herr Kolesnyk schlägt vor, dies im Rahmen der Haushaltsdiskussion in der nächsten Sitzung zu vertiefen.

Herr Schmolke schlägt vor, dies im Januar auf die Tagesordnung des Jugendhilfeausschusses zu setzen und dann darzustellen.

Frau Borg informiert, dass sich die **AG Jugendförderung** am 08.12.2016 getroffen hat. Die AG Jugendförderung sieht durch die Art und Weise des Vergabeverfahrens Suchtprävention nach wie vor die weitere Einbindung und Qualität der Suchtprävention in die Jugendhilfestrukturen gefährdet. In diesem und im Zusammenhang mit der Förderrichtlinie PLoS, über welches die AG lediglich informiert wurde, hält die AG es für erforderlich, dass ihre fachliche Expertise bei der Erstellung von Förderrichtlinien und Vergabeverfahren grundsätzlich vorher eingeholt wird. Dies tangiert aus Sicht der AG die ungeklärte Praxis der Aufgaben und Pflichten der Arbeitsgemeinschaften nach §78 SGB VIII. Die AG Jugendförderung sieht dringenden Handlungsbedarf in Bezug auf eine unstrittig notwendige Personalerhöhung im Bereich des präventiven

Jugendmedienschutzes und bittet deshalb um eine Berücksichtigung in der Haushaltsdiskussion 2017 im JHA.

Die AG hat sich in ihrer letzten Sitzung mit der Vorbereitung eines Auswertungsworkshops am 16.02.2017 zum Prozess der Zukunft Jugendarbeit beschäftigt.

Die Projekte im Rahmen des Potsdamer Netzwerkes Prävention (PNP) laufen zum 31.12.2016 ersatzlos aus. Die AG gibt zu bedenken, dass damit ab 1.1.2017 keine Projekte im Bereich des präventiven Kinderschutzes in der LHP bestehen und es hierfür keine Förderstruktur gibt. Die AG Jugendförderung fragt deshalb den JHA, wie damit umgegangen werden soll?

Herr Kolesnyk schlägt vor, dies im Rahmen der Haushaltsdebatte zu behandeln.

Herr Tölke verweist auf die angesprochene Förderprogramm PLuS und macht deutlich, dass sich das Förderprogramm PLuS ausschließlich an die Schulen als Antragstellende richtet. Es richtet sich nicht an die freien Träger, sondern an die Schulen, die dann auf die Träger zugehen sollen. Der Antrag muss durch den Schulleiter gestellt werden. Deshalb kann er die Kritik an dieser Stelle nicht verstehen.

Herr Otto betont, dass die Verteilung der Aufgaben an die Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII Aufgabe der Verwaltung und der Sitzungsleitung ist. Hier sollte sensibler geprüft werden, was in welche AG entsprechend zu beauftragen ist.

Herr Schmolke hat von Seiten der Verwaltung die Aussage erhalten, dass bei der Erarbeitung der Richtlinie die Trägervertreter der AG nach § 78 SGB VIII nicht beteiligt werden konnten, da diese mittelbar betroffen sind.

Er betont, dass es auch um die Abrechnungsfähigkeit von Projekten ging. Er weist darauf hin, dass die Beteiligung im Vorfeld des in Kraft setzen bereits angemahnt wurde.

Frau Reisenweber (FB Kinder, Jugend und Familie) erklärt, dass die Beteiligung zeitlich nicht möglich war. Dann hätte das Projekt später starten müssen.

Herr Kolesnyk bittet darum, dass die Punkte, die kritisch gesehen werden, an die Verwaltung gegeben werden.

Frau Reisenweber betont, dass die Hinweise aus der AG Jugendförderung in die Richtlinie eingearbeitet sind.

Herr Heidepriem fragt, in wieweit die Schulen informiert sind.

Herr Liebe teilt mit, dass die Schulräte zugesichert haben, dass in den Veranstaltungen im Januar 2017 allen Schulleitern das Programm vorgestellt wird. Die Antragstellung soll bis März 2017 erfolgen. Er wirbt dafür, dass die Verwaltung das Angebot der AG annimmt.

Herr Schmolke fragt, ob sichergestellt ist, dass die Verwaltung die Anträge vor dem Sommer 2017 bearbeiten wird.

Herr Tölke erklärt, dass hier eine Lösung gefunden werden muss.

Herr Ströber bittet Herrn Heidepriem, sich als Multiplikator der Schulen zu betrachten, da er als Vertreter der Schulen im Jugendhilfeausschuss sitzt.

Herr Schubert regt an, sich über die Terminketten von Vorgängen zu verständigen und diese dann vorzustellen.

Frau Reisenweber informiert über die Beratung der **Regionalen Jugendhilfe AG 1** vom 07.12.2016.

Die AG hat sich mit folgenden Themen beschäftigt.

- Jugendhilfeplanung ab 2019
- Evaluation der sozialräumlichen Jugendhilfe 2017
- Auswertung Trägerkonferenz LQEV in der offenen Kinder- und Jugendarbeit
- PLuS Programm ab 2017
- Portfolio Übergang Kita-Schule
- Termin- und Themenplanung der Reg AG 2017

Frau Frenkler verweist auf den Brief der **AG Kita** zur Entlastung des Fachpersonals in Kitas, der allen JHA-Mitgliedern über Frau Spyra zugeschickt wurde. Die AG Kita bittet darum, dass sich der Jugendhilfeausschuss in der nächsten Sitzung mit dem Thema befasst.

zu 4 Bericht der Jugendvertretung

Von Seiten der Jugendvertretung gibt es keine aktuellen Informationen.

zu 5 Konzeptüberarbeitung pädagogisch begleitete Spielgruppen

Frau Figiel (FB Kinder, Jugend und Familie) stellt anhand einer Powerpoint Präsentation das Rahmenkonzept der Landeshauptstadt Potsdam für pädagogisch begleitete Spielgruppen vor. Dabei geht sie eingangs auf die Ausgangssituation ein und weist darauf hin, dass seit 2009 „Pädagogisch begleitete Spielgruppen“ und eine Eltern-Kind-Gruppe zur bedarfsgerechten Versorgung gibt.

Diese Modelle sind durch die Novellierung des KitaG im Jahr 2004 sowie der Förderung des MBS 2009 entstanden. Ziel dieser alternativen Betreuungsmodelle ist die Kompetenzstärkung sowie die Stärkung der Selbstorganisation von Eltern sowie die Persönlichkeitsentwicklung von Eltern und Kindern. Diese Angebote sind präventiv, dienen jedoch auch der evtl. Vermeidung von Hilfen oder wirken begleitend.

2013 bis 2014 wurden die Angebote evaluiert. Es wurde festgestellt, dass es nur geringe Unterschiede in der Arbeit der Spielgruppen zur Eltern-Kind-Gruppe gibt. 2016 hat die Verwaltung mit allen freien Trägern dieser Angebote und unter Beachtung der Evaluationsergebnisse das Rahmenkonzept überarbeitet. Im Ergebnis nennen sich ab 2017 beide Angebote „Pädagogisch begleitete Eltern-Kind-Gruppe“. Zielgruppe, Ziele, Inhalte und Methoden sind nahezu identisch. Der wesentliche Unterschied zum Ursprungskonzept der „Pädagogisch begleiteten Spielgruppe“ besteht darin, dass es keine Laienbetreuer/innen mehr gibt (einzelne Eltern, die die Betreuung unter Anleitung übernehmen und dafür eine finanzielle Anerkennung erhalten), sondern alle Eltern entsprechend ihrer Fähigkeiten eingebunden werden. Der Begriff Family-Worker wurde durch Sozialpädagoge/in und Erzieher/in ersetzt.

Das überarbeitete Rahmenkonzept ist mit allen freien Trägern der Angebote erarbeitet, abgestimmt und berücksichtigt die Evaluationsergebnisse sowie die

langjährigen Erfahrungen in den jeweiligen Einrichtungen.
Anfang 2017 wird eine Arbeitsgruppe gebildet, die bereits bestehende Arbeitsgruppen (Päd. begleitete Spielgruppe, Eltern-Kind-Gruppe, Aki, Ganztags...) vereint. Alle Modelle werden auf Praxistauglichkeit untersucht und neue Modelle werden ggf. entwickelt.

Herr Liebe verweist auf die Brüche bei den Übergängen von der Spielgruppe in die Kita bzw. wenn kein Übergang in eine Kita erfolgt.

Frau Figiel erklärt, dass die Entwicklungsmöglichkeiten in der Kita für die Schulfähigkeit wichtig sind. Wenn der Bedarf gesehen wird, können die Kinder auch länger in der Spielgruppe bleiben.

Herr Liebe wirbt dafür, dass 3. Lebensjahr kritisch zu betrachten. Er verweist hier auch auf den Übergang von der Tagespflege in eine Kita.

Auf Nachfrage teilt Frau Figiel mit, dass es 6 Spielgruppen in 4 Trägerschaften gibt. Im letzten Jahr haben viele geflüchtete Familien das Angebot genutzt. Es ist festzustellen, dass der Bedarf für pädagogisch begleitete Spielgruppen vorhanden ist. Eine weitere Spielgruppe soll jetzt eingerichtet werden. Anmeldungen dafür liegen bereits vor.

zu 6 Themenplanung 2017

Herr Kolesnyk verweist auf die als Tischvorlage ausgereichte ergänzte Fassung und weist darauf hin, dass die Überarbeitung der Geschäftsordnung des Jugendhilfeausschusses nicht im Januar sondern erst im März 2017 vorgelegt wird.

Frau Dr. Müller macht darauf aufmerksam, dass die Richtlinie Tagespflege für die Märzsession 2017 eingeplant ist und verweist dabei auf die Haushaltsrelevanz.

Frau Elsaßer erklärt, dass bisher noch nicht klar ist, ob das in Kraft treten der Richtlinie Tagespflege zum 01.04.2017 realisiert werden kann, da noch Abstimmungsrunden stattfinden. Es sind noch zwei Schwerpunktthemen offen, die beraten werden müssen. Die Kosten sind aber bereits in die Haushaltsplanung 2017 eingeflossen.

Herr Ströber bittet, dass Thema Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und freien Trägern aufzunehmen.

Dem Vorschlag von Herrn Tölke, dies in einer Klausurtagung zu besprechen, wird vom Ausschuss zugestimmt.

Herr Liebe spricht die Beratung der Wirkungsanalyse Elternbeitragssatzung in der Junisession an und fragt, welche Zuarbeiten bis wann zu liefern sind.

Frau Elsaßer teilt mit, dass im Februar 2017 eine entsprechende Information an die Träger gegeben wird.

Auf Nachfrage bezüglich der Behandlung der Matrix für Auswahlverfahren erklärt Herr Kolesnyk, dass es hierbei um die grundsätzliche Erläuterung geht und ein Wunsch aus dem Ausschuss war.

Frau Parthum schlägt vor, die zukünftigen Träger für die Suchtberatung und -

prävention zur Vorstellung in den Jugendhilfeausschuss einzuladen.
Dies sollte für den Anfang der zweiten Jahreshälfte (September 2017) eingeplant werden.

Herr Ströber spricht die Informationsvernetzung an, die bisher noch nicht sauber funktioniert. Hier sollte ein Onlineportal geschaffen werden.

Herr Kolesnyk schlägt vor, dies als Thema für die Klausur aufzunehmen.

Frau Altenburg informiert, dass das Kinder- und Jugendbüro dem Jugendhilfeausschuss sein neues Konzept vorstellen möchte.

Herr Kolesnyk schlägt vor, dies für die März- oder Aprilsitzung 2017 einzuplanen.

Frau Frenkler informiert, dass die AG Kita die Kitas mit vielen Kindern aus Familien in besonderen Lebenslagen im Jugendhilfeausschuss thematisieren möchte.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich, dass die Befassung damit in der Sitzung am 29.06.2017 erfolgen soll.

Herr Kolesnyk teilt abschließend mit, dass die aktualisierte Fassung der Themenplanung zum Tagesordnungspunkt ins Ratsinformationssystem gestellt und zusätzlich mit der Niederschrift zur heutigen Sitzung verschickt wird. Er weist darauf hin, dass die Planung nicht abschließend ist und weitere Vorschläge an ihn oder Frau Spyra gegeben werden können.

zu 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 7.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 15: Bessere Betreuung für Schüler und Kinder mit Behinderung

Vorlage: 16/SVV/0691

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- Wiedervorlage -

Herr Schubert weist darauf hin, dass es in dem vorliegenden Antrag um 3 von 13 Wochen Ferien geht. Des Weiteren verweist er auf den Gleichbehandlungsgrundsatz. Es sollte geprüft werden, ob es sich um ein ausschließliches Problem von Eltern von Kindern mit Behinderung handelt. Es könnte möglicherweise auch ein Problem von Alleinerziehenden sein. Es werden aber auch Kinder mit Behinderung in Regelschulen beschult, die hier nicht erfasst sind.

Herr Schubert macht deutlich, dass der vorliegende Antrag so nicht beschlossen werden kann. Er empfiehlt, den Antrag in einen Prüfauftrag umzuwandeln, da auch zu Kosten keine Aussagen getroffen werden können.

Frau Dr. Müller betont, dass dann festgelegt werden soll, was geprüft werden kann.

Herr Ströber spricht sich dafür aus, den Antrag zu beschließen.

Herr Schubert bittet zu definieren, was an Zahlen benötigt wird.

Herr Wollenberg macht deutlich, dass es um die Schüler geht, die einen individuellen Transport benötigen.

Frau Frehse-Sevran bittet, bei der Prüfung den Gleichbehandlungsgrundsatz zu beachten. Es muss geprüft werden, welche Gruppen es gibt, die davon betroffen sind und wie kann ausgeschlossen werden, dass andere Gruppen ausgegrenzt werden.

Herr Kolesnyk schlägt vor, dies im Unterausschuss zu beraten und einen Prüfauftrag zu formulieren, um dann in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses die Drucksache erneut zu beraten.
Es soll festgestellt werden, wie viele Schüler in der Schulzeit den individuellen Fahrdienst nutzen.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich, den Antrag erneut zurückzustellen.

zu 8 **Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses**

zu 8.1 **Auswahlverfahren und -kriterien Kita Horst-Bienek-Straße, 14469 Potsdam** **Vorlage: 16/SVV/0832**

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Frau Elsaßer bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen. Sie teilt mit, dass die Kooperation mit der Fachhochschule in die Matrix eingeflossen ist.

Herr Otto fragt, ob es bereits Gespräche mit der Fachhochschule gibt.

Herr Tölke erklärt, dass die Fachhochschule eine Modellkita errichten will. Hierbei handelt es sich um eine Kita der Fachhochschule, die mit der anderen Kita kooperieren soll.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein nichtförmliches Auswahlverfahren für einen Träger zum Betreiben der durch den Entwicklungsträger Bornstedter Feld neu zu errichtenden Kindertagesstätte in der Horst-Bienek-Straße, Bornstedter Feld, 14469 Potsdam durchzuführen.
2. Die Grundlage für das nichtförmliche Auswahlverfahren bildet die Beschlussvorlage „Bedarfsplan für Kindertagesbetreuung der Landeshauptstadt Potsdam 2016/2017“ (DS 16/SVV/0615). Die geplante Einrichtung ist mit einer voraussichtlichen Kapazität von 90 Plätzen im Kita-Bedarfsplan enthalten. Ebenso wurde der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie im Rahmen der Beschlussvorlage (DS 16/SVV/0615) mit dem bedarfsgerechten Ausbau von Kindertagesbetreuungsangeboten (gem. §§ 1, 12 KitaG und § 80 SGB VIII) beauftragt.
3. Der Jugendhilfeausschuss bestätigt die Prüfkriterien (Anlage 1) zur Auswahl des Trägers.
4. Eine Auswahlkommission prüft und bewertet die Bewerbungsunterlagen auf der Grundlage der vorgenannten Prüfkriterien. Die Auswahlkommission ist zu bilden aus:

- drei VertreterInnen des Jugendhilfeausschusses,
- drei VertreterInnen des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie
- einen Vertreter/einer Vertreterin der AG nach § 78 SGB VIII (Regionale JH-AG1)
- einen Vertreter/einer Vertreterin der FH Potsdam

5. Das Votum der Auswahlkommission dient dem Jugendhilfeausschuss zur abschließenden Entscheidung über die Trägerschaft.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **13**
 Ablehnung: **0**
 Stimmenthaltung: **0**

zu 8.2 Benennung von drei Vertreter/-innen des Jugendhilfeausschusses in die Auswahlkommission

Herr Kolesnyk teilt mit, dass Herr Wollenberg und er selbst grundsätzlich für die Mitarbeit in der Auswahlkommission zur Verfügung stehen.

Herr Liebe schlägt Frau Parthum für die Mitarbeit in der Auswahlkommission vor.

Frau Parthum erklärt ihre Bereitschaft.

Da die Frage, ob auch beratende Mitglieder des Jugendhilfeausschusses in der Auswahlkommission mitarbeiten können, nicht beantwortet werden kann. Wird die Verwaltung beauftragt, dies zu prüfen.

Herr Kolesnyk bittet um Abstimmung über die Entsendung von Herrn Wollenberg, Frau Parthum und ihm selbst in die Auswahlkommission.

Abstimmungsergebnis:

11 Zustimmungen

zu 9 Sonstiges

Herr Kolesnyk informiert, dass die Drucksachen 16/SVV/0471 „Soziale Infrastruktur im Potsdamer Norden“ und 16/SVV/0589 „Jugendfreizeiteinrichtung Bornstedter Feld“ am 07.12.2016 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurden.

Des Weiteren weist er darauf hin, dass in der nächsten Sitzung die Haushaltsberatung 2017 erfolgt.

Herr Otto bittet um aufbereitete Unterlagen für den Jugendhilfeausschuss.

Herr Ströber bittet darum, dass in der Januarsitzung Informationen zum Modellprogramm PLuS gegeben werden.

Herr Liebe richtet die Grüße von Frau Hübner aus, die sich für die Genesungswünsche des Ausschusses bedankt.

Abschließend dankt Herr Kolesnyk Herrn Ströber und den Mitarbeitern des Jugendhauses OASE für die Gastfreundschaft und wünscht allen JHA-Mitgliedern und Gästen ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Start in das neue Jahr.

Nächster Jugendhilfeausschuss: 19. Januar 2017, 16:30 Uhr

David Kolesnyk
Ausschussvorsitzender

Martina Spyra
Schriftführerin